



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

I. Konstituierung der Ausschüsse

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Die Aufgaben der Abgeordneten sind vielfältig und die Fülle an bundesstaatlichen Aufgaben ist groß. Daher ist es wichtig zu wissen, welche Themen und Bereiche man übernehmen möchte und damit einen Schwerpunkt der eigenen Parlamentstätigkeit zu legen. Wie bereits in der letzten Ausgabe angekündigt, habe ich mich für die Mitgliedschaft im Ausschuss für Arbeit und Soziales stark gemacht. Die Entscheidung ist gefallen und ich freue mich, Ihnen mitzuteilen, dass ich dem Ausschuss für Arbeit und Soziales in der 18. Legislaturperiode als ordentliches Mitglied angehören werde.

Gestern fand die Konstituierung des Ausschusses statt. 41 Mitglieder des Deutschen Bundestages gehören dem Ausschuss an, davon 20 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion. Die Größe belegt die Wichtigkeit und die zunehmende Bedeutung des Ausschusses. Das Themenfeld „Arbeit und Soziales“ umfasst: **Arbeitsmarktpolitik, Fachkräftesicherung, Arbeitsrecht, Menschen mit Behinderung, Rentenpolitik** und **Sozialpolitik**. Die einzelnen Themen wiederum umfassen konkrete Fragestellungen und Probleme, die wir nun gemeinsam innerhalb der Arbeitsgruppe unserer Fraktion und des Ausschusses angehen werden.

In der nächsten Sitzungswoche bereits wird von der Bundesregierung das große **Rentenpaket mit der Mütterrente**, der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren sowie die Verbesserung bei der Erwerbsminderungsrente auf den Weg gebracht. Die Mütterrente ist eine große Aufgabe, von der neun Millionen Mütter oder Väter betroffen sind, deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Für die Umsetzung braucht die Rentenversicherung Zeit. Wir werden gesetzlich regeln, dass die verbesserte Mütterrente **notfalls rückwirkend zum 1. Juli 2014** – so wie im Koalitionsvertrag vereinbart – gezahlt wird.

„Schmidts Berliner Brief“ 1/14

Liebe Leserinnen und Leser,

ich darf Sie ganz herzlich zur ersten Ausgabe des „Schmidts Berliner Brief“ im neuen Jahr begrüßen und hoffe, dass Sie gut in das Jahr 2014 gestartet sind!

Der Schwerpunkt heutiger Ausgabe liegt auf meiner künftigen Parlamentstätigkeit, genauer geht es um die konkrete Zuständigkeit in den Ausschüssen im Deutschen Bundestag und Arbeitsgruppen der CDU/CSU-Fraktion. Mit der Konstituierung der Fraktionsgremien und Ausschüsse in dieser Woche beginnt jetzt endlich die richtige Parlaments- und Regierungsarbeit der Großen Koalition, und damit auch meiner.

Die Zahl der Leserinnen und Leser meines Berliner Briefes nimmt zu, worüber ich mich ganz besonders freue. Daher erneut der Hinweis und die Bitte, meinem Büro Ihre Mailadresse mitzuteilen, damit Sie in den Verteiler aufgenommen werden können (gabriele.schmidt@bundestag.de oder telefonisch 030-227-74899). Ich freue mich darauf, mit Ihnen in Kontakt zu treten und bitte Sie herzlich, mir Ihre Anliegen, Bedürfnisse und konstruktive Kritik mitzuteilen.

Herzliche Grüße

Gabriele Schmidt, MdB

Bei der abschlagsfreien Rente mit 63 bleibt es dabei, dass 45 Beitragsjahre Voraussetzung sind und maximal fünf Jahre als Zeiten der Arbeitslosigkeit angerechnet werden.

Weitere Mitgliedschaften in Ausschüssen, Arbeitsgruppen und Parlamentariergruppen:

Arbeitnehmergruppe:

Der Arbeitnehmergruppe gehören christlich-sozial orientierten Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, insbesondere diejenigen, die der **Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)** oder der Christlich Sozialen Arbeitnehmerschaft (CSA) in Bayern angehören oder nahe stehen. Als langjähriges und aktives Mitglied der CDA fühle ich mich hier zu Hause! Die Arbeitnehmergruppe setzt sich für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein, aber auch für diejenigen, die keine starke Lobby haben – so etwa Familien mit Kindern.

Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik:

In der Arbeitsgemeinschaft (AG) Kommunalpolitik engagieren sich über 100 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Unsere Aufgabe ist es, kommunalrelevante Vorhaben sinnvoll zu steuern, d.h. Auswirkungen der Regierungspolitik oder der Kommission der EU auf die Kommunen früh zu erkennen, herauszustellen und parlamentarisch zu begleiten. Es gilt, die **Interessen der Städte, Gemeinden und Landkreise** frühzeitig in parlamentarische Entscheidungen einfließen zu lassen. Daher ist mir ein regelmäßiger Dialog mit den Gemeinden unseres Wahlkreises ganz besonders wichtig.

Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur und Ausschuss für Gesundheit:

In beiden Ausschüssen werde ich stellvertretend tätig sein. Der Verkehrsausschuss ist mitverantwortlich für die Politikbereiche mit den größten Investitionen des Bundes etwa beim Ausbau der Infrastruktur. Die größte und wichtigste Herausforderung dürfte die Erarbeitung des neuen **Bundesverkehrswegeplanes** werden. Der bestehende Zeitplan zur Erarbeitung des neuen Bundesverkehrswegeplans sieht den Kabinettsbeschluss für das Jahr 2015 vor.

Auf der Agenda des Ausschusses Gesundheit stehen unter anderem **Patientenrechte, Weiterentwicklung der Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung, ethische Fragen der Medizin** und **die Arzneimittelsicherheit**.

Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Gruppe der Frauen (Bild: Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion im Plenum) tritt in jeder Sitzungswoche zusammen, um aktuelle Themen zu beraten und Anliegen aus Frauenperspektive einzubringen sowie eigene frauenpolitische Akzente in der politischen Arbeit der Fraktion zu setzen. Der Gruppe der Frauen gehören alle weiblichen Abgeordneten der



CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. In der 18. Wahlperiode hat die Gruppe einen Zuwachs von 33 Abgeordneten zu verzeichnen und umfasst damit 78 Mitglieder.

Parlamentariergruppen:

Weltweit pflegen die Parlamentariergruppen des Deutschen Bundestages die bilateralen Kontakte zu anderen nationalen Parlamenten. Ziel ist es, einen kontinuierlichen Dialog mit den Parlamenten eines oder mehrerer Partnerstaaten zu führen. Zu Beginn einer jeden Wahlperiode werden die Parlamentariergruppen durch das Präsidium des Deutschen Bundestages konstituiert. Diese steht allerdings noch aus. Ich habe mich aber bereits für eine Mitgliedschaft in drei Parlamentariergruppen entschieden: **Deutsch-Schweizerische Parlamentariergruppe**, **Parlamentariergruppe arabischsprachige Staaten des Nahen Ostens** und die **Deutsch-Amerikanische Parlamentariergruppe**. Ausschlaggebend für die Wahl der drei Gruppen sind für mich: Die direkte Nachbarschaft mit der Schweiz und die damit verbundenen Anliegen unserer Region, meine langjährige Affinität zum arabischsprachigen Raum und nicht zuletzt die zahlreichen Kontakte in die USA, wo viele meiner Verwandten leben und wo auch eine meiner Töchter arbeitet und lebt.

II. Die Woche im Plenum

OECD-Studie Pisa 2012: Schulische Bildung in Deutschland besser und gerechter: Die erfreulichen Ergebnisse der fünften PISA-Studie der OECD, nach denen die geprüften deutschen Schüler klar über dem internationalen Durchschnitt liegen, sind Gegenstand einer Bundestagsdebatte in dieser Woche.

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission: Die Europäische Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2014 bereits im vergangenen Oktober veröffentlicht. Es sieht vier vorrangig zu behandelnde Themenbereiche vor: Neben der **Wirtschafts- und Währungsunion** stehen **Initiativen zur Förderung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung** im Vordergrund, auch mit Blick auf einen europäischen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik. Weiterhin stellt die Kommission den Bereich der **Sicherheits- und Justizpolitik** in das Zentrum ihres Handelns. Schließlich legt sie eine außenwirtschaftliche und außenpolitische Handlungsagenda vor. Uns ist es ein besonderes Anliegen, dass dieses Arbeitsprogramm im Deutschen Bundestag und damit vor der breiten Öffentlichkeit diskutiert wird. Daher wird über dieses Arbeitsprogramm unter besonderer Beachtung der Entwicklung in der Eurozone, der Arbeit an der Bankenunion sowie der Freizügigkeit in Europa debattiert.

Jahresbericht 2012 (54. Bericht) des Wehrbeauftragten: Etwa 4.300 Eingaben vermeldet der 54. Bericht des Wehrbeauftragten. Diese Zahl ist nicht zuletzt Ausdruck vieler Probleme, die unsere Soldatinnen und Soldaten belasten.

Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gemäß Artikel 1 und 2 des Gesetzes über die Wahl der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates: Der Bundestag kann 18 ordentliche und ebenso viele stellvertretende Mitglieder in die Parlamentarische Versammlung des Europarates entsenden. Der Europarat besteht seit 1949 und ist damit die älteste europäische Organisation. Auf der Grundlage der Mehrheitsverhältnisse stellt unsere Fraktion in dieser Wahlperiode je 9 ordentliche und stellvertretende Mitglieder, die SPD-Fraktion je 5, Linke und Grüne jeweils 2 ordentliche und stellvertretende Mitglieder. Die neue Delegation wird am 27. Januar 2014 in Straßburg akkreditiert.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verstärkung der integrierten Luftverteidigung der NATO auf Ersuchen der Türkei und auf Grundlage des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung (Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen) sowie des Beschlusses des Nordatlantikrates vom 4. Dezember 2012: Die Bundeswehr soll sich nach dem Vorschlag der Bundesregierung weiterhin mit bis zu 400 deutschen Soldaten in zwei Patriot-Flugabwehrstaffeln im türkisch-syrischen Grenzgebiet engagieren. Das Mandat „**Active Fence**“ schützt Teile der Türkei vor möglichen Raketen aus Syrien. Die Truppe ist nicht im unmittelbaren türkisch-syrischen Grenzgebiet stationiert, sondern in Kahramanmaras, rund 100 Kilometer nördlich der Grenze. Am Einsatz beteiligen sich auch die Niederlande und die USA. Es geht dabei in erster Linie um ein Zeichen der Solidarität mit dem NATO-Partner Türkei, der unmittelbar an die Konfliktregion angrenzt.

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Operation ACTIVE ENDEAVOUR im gesamten Mittelmeer: Das zweite Mandat betrifft die NATO-geführte Operation „**Active Endeavour**“ im Mittelmeer. Es sieht eine von 700 auf 500 Soldaten reduzierte personelle Obergrenze vor und gilt bis zum 31. Dezember 2014. Derzeit nehmen allerdings keine deutschen Soldaten teil. Die Operation „*Active Endeavour*“ wurde durch die NATO-Mitgliedstaaten beschlossen, um im Mittelmeerraum einen Beitrag zur maritimen Terrorismusabwehr zu leisten. Diese Bedrohung wird derzeit jedoch als abstrakt bewertet. Deshalb wird sich der deutsche Beitrag künftig auf die Beteiligung an den ständigen maritimen Verbänden der NATO, an den Flügen der AWACS und auf den Austausch von Lagedaten beschränken. Deutschland setzt sich im Bündnis kontinuierlich dafür ein, die Einsatzgrundlagen von OAE auch konzeptionell an die tatsächliche Einsatzrealität anzupassen. Dazu wurden konkrete Vorschläge gemacht. Das Aufgabenspektrum der Operation soll sich danach auf Seeraumüberwachung, Lagebilderstellung und regionale Zusammenarbeit beschränken. Die Bundesregierung wirbt hierfür intensiv unter den Bündnispartnern.